

Russisches Roulette

von Thomas Nord

Als die Republik Zypern am 25. Juni 2012 ihren Hilfsantrag bei der EU einreichte, war sie nach Griechenland, Irland, Portugal und Spanien das fünfte Mitgliedsland der Euro-Zone, das einen Hilfsantrag zur Rettung von Finanz- und Staatswesen stellte. Die Präsidentschaft wurde am 1. Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union, am 1. Januar 2008 ist Zypern der Euro-Zone beigetreten. Das Land ist wirtschaftlich halb so stark wie Bremen, die Ratingagentur Fitch hatte kurz vor dem Antrag die Kreditwürdigkeit auf Ramsch-Niveau herabgestuft.

Der Antrag wurde umgehend noch vom damaligen Vorsitzenden der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker begrüßt. Er sicherte Zypern eine rasche Untersuchung zu. Denn der Inselstaat stand vor der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft am 1. Juli 2012 und da konnte man nichts anbrennen lassen. Der Belgier erwartete, dass die 17 Euro-Länder der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank den Auftrag erteilen, Auflagen für die Hilfen auszuarbeiten.

Doch die EU zögerte aus zwei Gründen. Vor allem die Bundesregierung fordert mehr Transparenz im zyprischen Bankensektor, der angeblich russischen Oligarchen als Waschanlage für Schwarzgelder dient. Die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen dem russischen Riesen und dem zyprischen Zwerg sind seit langer Zeit sehr eng, offiziell wie inoffiziell. Der Kapitalzufluss hatte unmittelbar nach dem Zerfall der Sowjetunion eingesetzt, zugleich schnellte die Zahl der auf Zypern registrierten Briefkastenfirmen hoch. Im Ergebnis wuchs der Bankensektor viel mehr, als die Realwirtschaft es erfordert hätte.

Die Unterhändler der Troika mögen sich gedacht haben, dass sie mit harten Maßnahmen jene Russen zur Kasse bitten können, die im Verdacht stehen, auf Zypern ihr Geld zu waschen. Aber es scheint heute eher so, als wäre der Geldwäschevorwurf für die innerdeutsche Öffentlichkeit instrumentalisiert worden, wie bereits im Falle Griechenland der Faulheitsvorwurf erhoben wurde. Hierdurch wird die soziale Frage in der Europäischen Union ethnisiert und nationalisiert. Beides kennen wir aus vergangenen Jahrhunderten und wenn wir heute 1913 hätten, müsste man sich ernsthaft Sorgen machen.

Als zweiter Faktor für das Spiel auf Zeit neigte sich die Amtszeit des noch zu Sowjetzeiten in Moskau geschulten Kommunisten Dimitris Christofias, der sich als „rotes Schaf Europas“ bezeichnete und sich den neoliberalen Auflagen der Troika widersetzte, dem Ende zu. In einer Stichwahl hat sich nun der Konservative Nikos Anastasiadis durchgesetzt. Die Verhandlungen kamen mit einem konservativen Präsidenten wieder in den Troika-Gang, aber eben nicht nur mit der EU, sondern auch mit Russland. Der zyprische Staat kann sich seit 2011 nicht mehr am Markt refinanzieren und wurde im vergangenen Jahr durch einen russischen Kredit über 2,5 Mrd. Euro vor der Insolvenz bewahrt.

Nach neun Monaten von Verhandlung und Stillstand zwischen der Troika aus EU, EZB und IWF einerseits und Zypern andererseits wurde am Beginn dieser Woche ein „Rettungsplan“ vorgelegt. In diesem war unter anderem die Eigenbeteiligung von Kleinsparern mit einem Eigenanteil von 5,8 Milliarden Euro vorgesehen. Das ist ein Bruch der konservativ-liberalen Kräfte mit ihren eigenen Grundprinzipien. Die heilige Kuh des „Eigentums“ scheint ihnen nichts mehr wert zu sein, denn praktisch wäre es Enteignung. Als Abwehrmaßnahme gegen einen vorhersehbaren Bankensturm sind die Finanzinstitute seit letzter Woche geschlossen.

Solche Maßnahmen kennen wir aus den neunziger Jahren in Argentinien. Sie zeigen die bestehende vollständige technische und machtpolitische Kontrolle über die Währungs- und Finanzströme.

Es verwundert also nicht, dass in dieser Situation in der Parlamentsabstimmung über dieses „Rettungsangebot“ nicht ein einziger Abgeordneter für die Lösung gestimmt hat, an der der Präsident doch mitgearbeitet hatte. Denn im Falle der Zustimmung hätte von nun an jeder Mensch in der EU um sein Sparguthaben fürchten müssen. Wenn zukünftig in einem Mitgliedsland auch nur der Anflug einer ähnlichen Maßnahme wie der Bankenschließung vorab zu wittern ist, könnte es sehr real zu einem präventiven Bankensturm kommen, der der Krise eine neue Dynamik verleihen würde. Die EZB bricht das neoliberale Credo und bereitet Kapitalverkehrskontrollen, die Genehmigung von Überweisungen und die Begrenzung der Höhe von persönlichen Kontoabhebungen vor.

Das handlungsleitende Motiv der Bundesregierung scheint in dieser Frage wieder einmal der Regierungserhalt im September. Die Stimmungslage in ihrer Partei und in ihrer Wähler_innenschaft ist bezogen auf die Euro-Politik nicht gut. Gerade wird eine Partei gegründet, die die D-Mark zurückfordert. Das ist die zweite Gründung nach der Wahlalternative 2013, die sich nun dazu auffordert, sich der so genannten Alternative für Deutschland anzuschließen. Bei einer sich zuspitzenden Entwicklung könnte eine nationalreaktionäre Dynamik die schwarz-gelbe Mehrheit bedrohen. Die Regierungsfractionen stützen den Kurs der Kanzlerin schon jetzt nur bedingt, sie hatte bei den vorhergehenden Abstimmungen keine Kanzlerinnenmehrheit. Mit jeder weiteren Abstimmung zur Rettung des Euros reduziert sich ihr Rückhalt im Regierungslager.

Wie schon beim ersten Griechenland-Paket 2010 ist Innenpolitik die Leitlinie der Regierung Merkel. Nun aber drohen aus diesem innenpolitischen Taktieren energie- und sicherheitspolitische Konsequenzen für die EU. Weil das Parlament dem mit der Troika ausgehandelten Plan nicht zugestimmt hat, sucht Zypern in Moskau um Hilfe. Dort gibt es erstens Interessen an Zyperns Gasvorkommen. Und zweitens könnte Russland als Gegenleistung einen maritimen Militärstützpunkt auf der Mittelmeerinsel fordern. Den könnte es gut gebrauchen, weil der Stützpunkt in Syrien auf Grund der aktuellen Lage gefährdet ist. Aber Russland hat die Gespräche zunächst beendet, um den Gewinn zu erhöhen. Die Bundeskanzlerin ist „ärgerlich“, warnt Zypern, die Geduld der Euro-Partner auszureizen und lehnt „Plan B“ ab. Wieder wird mit Staatspleite und Euro-Austritt gedroht. Merkel spielt wie einst Gerhard Schröder mit der vorgezogenen Neuwahl von 2005 Russisches Roulette. Es ist eine offene Frage, wann die Stimmung kippt.